

## Bräuchen wir ein neues Gesellschaftsmodell?

Gerhard Preyer

Das Jahr 2004 wurde durch dramatische Gefühlswallungen belebt. Montagsdemonstrationen bewegten die Gemüter. Ein falsch gebrauchtes Wort war in aller Munde. Man ist fast geneigt zu sagen, man merkt die Absicht, und man ist verstimmt. Die von den großen Parteien getragene Reform fand in Ostdeutschland keine Zustimmung, sondern löste Empörung aus. Die Medien berichten: „Im Osten tiefes Misstrauen.“ Die Meinungsumfragen vermelden zudem nichts Gutes. Gleichzeitig waren Wahlen zu gewinnen. Keine glückliche Ausgangssituation für Hartz IV und weitere Reformen!? Obwohl die politischen Vertreter der „alten Bundesrepublik“ die Reformen des Arbeitsmarktes nicht infrage stellen, wurden nach Ursachen für die Ablehnung gesucht. Man ging nicht in die Offensive der Rechtfertigung von Hartz IV, sondern es wurde nachjustiert und besänftigt, richtig gestellt und auf die andauernde Langzeitarbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung hingewiesen. Die Forderung nach Mindestlohn wurde gestellt. Die unzufriedenen und enttäuschten sozialdemokratischen Parteimitglieder planten, eine neue linke Partei zu gründen. Der Mitgliederkonsens über die Ziele der sozialdemokratischen Regierungspolitik scheint immer mehr zu zerbröckeln. Waren Kommunikationsfehler und mangelnde Information der Anlass für die Verwerfungen der Betroffenen?

Es stellt sich die Frage, ob damit das Problem wirklich treffend beschrieben ist. Etwas Grundsätzliches scheint in den Protesten zu Tage zu treten, das wir bereits

seit den 1990er Jahren beobachten können. Es geht um den Reputationsverlust der Repräsentanten des politischen Systems. Aber das ist vermutlich selbst nur ein Symptom. Zu erleben ist das Ende der überlieferten politischen Steuerungsmodelle. Hier ist sich darüber klar zu werden, was das für die politische Ordnung und die noch anstehenden sozialpolitischen Veränderungen bedeutet. Angesprochen ist damit das Gesellschaftsmodell, an dem sich das soziale Zusammenleben orientieren soll. Nicht nur die Proteste gegen Hartz IV, sondern die wachsende Nichtakzeptanz und Konflikthanfälligkeit von Politik drängt viele Fragen auf: Wie ist politische Steuerung unter dieser Voraussetzung überhaupt noch möglich? Ist sie von der Anlage her verfehlt? Sollte sie den Teilsystemen selbst überlassen werden, indem sich das politische System aus den ihm zugewachsenen Aufgaben zurückzieht? Sind alternative Modelle in Sicht, die ernst zu nehmen sind?

Sozialwissenschaftler neigen mittlerweile zu der Ansicht, dass Globalisierung die Voraussetzung von nationaler Politik grundsätzlich veränderte. Das globale Weltsystem hat kein Steuerungszentrum und ist als Ganzes nicht durch Ziele, Normen oder Direktive steuerbar. Solche Versuche werden schon im Ansatz scheitern. Dies führt zu der folgenreichsten Veränderung der Funktion und Leistung des politischen Systems in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Sie wird zu einem anderen Gesellschaftsmodell, jenseits des Nationalstaates, des klassischen

Liberalismus und der Wohlfahrtsökonomie, überleiten.

## Das Gesellschaftsmodell des Nationalstaates

Soziale Integration bedeutet die Schließung von sozialen Systemen nach außen durch Mitgliedschaft, sei es als Mitglied von Familien, Gruppen, Schichten, Vereinigungen oder der Teilsysteme des Gesellschaftssystems, wie zum Beispiel der Wirtschaft, der Politik, des Rechtes und der Religion, die bestimmte Funktionen ausüben. Soziologen untersuchen soziale Integration, indem sie in der Geschichte des modernen Gesellschaftssystems zwischen Gesellschaftsmodellen unterscheiden. Sie legen den Mitgliedschafts- und Teilnahmestatus in der Gesellschaft fest, wie zum Beispiel das liberalistische, nationalstaatliche und wohlfahrtsstaatliche (Keynesianische) Gesellschaftsmodell. Dabei handelt es sich um geschichtliche Kompromisse zwischen der Ausübung von Macht im politischen System, der erforderlichen politischen Effizienz und des Anspruches auf Gleichheit der Gesellschaftsmitglieder. Solchen Modellen kommt eine exemplarische Bedeutung für die Lösung der sozialen Integration zu, da sie politische und soziale Regelungen herbeiführen, die unter den von ihnen Betroffenen eine Akzeptanzchance haben, die ihre, wenn auch nicht konfliktfreie, soziale Integration und eine Solidargemeinschaft begünstigen.

Die Herausbildung des Nationalstaates im Zeitraum zwischen dem fünfzehnten bis ins neunzehnte Jahrhundert betrifft ein Gesellschaftsmodell, welches das Funktionsproblem der politischen Souveränität national definierter Gesellschaften bewältigte. Die Nationalstaaten als eine segmentäre Differenzierung des politischen Systems innerhalb des modernen Weltsystems verfügten über die Organisationsmacht, eine starke soziale Integration herbeizuführen und die Differenzen

und Konflikte innerhalb ihrer Territorien durch eine positive Solidarität zu begrenzen. Die Nationen sind historisch entstandene und politisch, auch symbolisch, konstruierte Gemeinschaften, die das Zusammengehörigkeitsgefühl ihrer Mitglieder stärken. Zusammengehörigkeitsgefühl als Mitgliedschaftsmedium bindet somit die nach innen differenzierten Gemeinschaften unterschiedlicher Größenordnung – wie die Differenzierung durch Konfessionen, Regionen (Landmannschaften), Ethnien und Klassen – in eine nationalstaatliche Gemeinschaft ein, mit der sich ihre Mitglieder übergreifend identifizieren. Das Mitgliedschaftsmedium ist aber nicht verallgemeinert, sondern das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl grenzt sich gegenüber anderen Nationen ab. Das Strukturmerkmal dieses Gesellschafts- und sozialen Integrationsmodells besteht darin, dass der Nationalstaat ein Herrschaftsverband ist, der in einem Territorium sein Gewaltmonopol erfolgreich durchgesetzt hat. Geschichtlich bedeutete dies die Entmachtung von Regionalmächten. Exemplarisch ist für diesen Vorgang die Entwicklung in Frankreich, Preußen, Spanien, Großbritannien und die Monarchie der Habsburger. Dabei handelt es sich um eine geschichtliche Situation, durch die unterschiedliche Interessen ausgeglichen und ein Machtgleichgewicht hergestellt wurde. Es betrifft dies nicht nur einen Ausgleich des Machtkampfes der Statusgruppen, sondern durch das Machtregime bilden sich dominierende Merkmale der kollektiven Identitäten der jeweiligen Gemeinschaften aus.

Das Gesellschaftsmodell des klassischen Nationalstaates verrechtlicht die besondere Solidarität seiner Mitglieder, aber nationale Solidarität und ihre symbolische Ausgestaltung sind ebenso eine nicht rechtliche Grundlage der Verrechtlichung des Gemeinschaftshandelns. Er unterscheidet sich aber zum Beispiel von

dem neuen Ethnonationalismus, da er mit den Menschenrechten universalistische Grundsätze institutionalisierte. Zu dem nationalstaatlichen Gesellschaftsmodell gehört, dass sich mit der Durchsetzung des modernen Wirtschaftssystems eine individualistische Berufsethik als seine Mitgliedschaftsbedingung herausgebildet hat. Ihr Selbstverständnis fand diese Teilnahmebedingung im wirtschaftlichen Liberalismus, in der Annahme, dass eine „unsichtbare Hand“ den Wirtschaftsprozess steuert. Individueller beruflicher und wirtschaftlicher Erfolg regelt die Zuerteilung von Achtung im wirtschaftlichen Wettbewerb.

### Das Gesellschaftsmodell des Wohlfahrtsstaates

Mit dem Wohlfahrtsstaat ist die Ethisierung des Handelns über den Nationalstaat, den Liberalismus und die individualistische Berufsethik hinausgegangen. Die sich daran anschließende Institutionalisierung eines sozialen Kompromisses hatte ein Gesellschaftsmodell zur Folge, mit dem das Funktionsproblem der Sicherheit gegenüber nicht steuerbaren wirtschaftlichen Entwicklungen begrenzt wurde. Das heißt, die Zuerteilung von Achtung wird dahingehend neu bestimmt, dass der Bewertungsmaßstab nicht mehr ausschließlich individuell erbrachte Leistungen sind, sondern dass ein sozialer Kompromiss in der Umverteilung des Sozialproduktes institutionalisiert wurde. Er unterstützt vorübergehend und dauerhaft Leistungsunfähige durch Transferzahlungen, damit sie einen Mitgliedschaftsstatus in der Gesellschaft aufrechterhalten können und nicht in einen Exklusionsbereich geraten, aus dem sie nicht mehr heraustreten können. Das hat sicherlich auch die Funktion, einen zivilgesellschaftlichen Frieden zu gewährleisten.

Die Durchdringung der ökonomischen Rationalität durch alle Teilsysteme und

sozialen Systeme der Gesellschaft, der Wissenschaft, des Rechtes, der Familien und der Gemeinschaften, ist – entgegen weit verbreiteten Meinungen – nicht eine Auswirkung der Eigenlogik des Wirtschaftssystems. Ihre Verbreitung erklärt sich durch die Wohlfahrtsökonomie als ein Eigenwert der sozialen Gemeinschaft. Ohne diese Programmierung wären die ökonomischen Gesetze nicht das allgemein verbindliche Orientierungssystem geworden. Die Wirtschafts- und Finanzexperten sind sozusagen die Priester dieses Systems, die seine allgemeine Geltung verbreiten und zugleich durch die Institutionalisierung ihrer Berufsrollen gewährleisten. Die Steigerung des Brutto-sozialproduktes ist dabei kein neutraler Wertmaßstab, sondern er wird zur Grundlage der ethischen Bewertung des Verhaltens der Gesellschaftsmitglieder. Ihnen gegenüber haben es andere ethische Maßstäbe schwer, sich zu behaupten. Sie werden zwar als „Grenzen des Wachstums“ notiert, wie zum Beispiel ökologische Belastung, gesundheitliche Schäden, aber sie wurden als nicht intendierte Folgen gedeutet, die im Rahmen des Modells der Wohlfahrtsökonomie ausgeglichen werden sollen. Je mehr die Anspruchsgrundlage von ethischen Rechten im Wohlfahrtsstaat erweitert wurde, umso eindringlicher machen sich knappe Güter bemerkbar. Am deutlichsten wird dies im Hinblick auf die Knappheit von ökologischen Ressourcen. Konsequenz zu Ende gedacht, ist damit eine Umweltökonomie angesprochen, wobei man nicht weiß, wie diese mit den ökonomischen und politischen Sachzwängen, aber auch mit den Solidaritätsansprüchen besonderer Gemeinschaften abzustimmen ist.

Mittlerweile ist zu erkennen, dass das Gesellschaftsmodell des Wohlfahrtsstaates an die Grenzen seines eigenen Programms stößt. Das wird nicht nur durch die technischen und wirtschaftlichen Veränderungen herbeigeführt, sondern durch den

Absolutismus seiner eigenen ethischen Maßstäbe. Da solidarische Hilfe durch Transferzahlung programmiert ist, wirken sich dabei auch die wirtschaftlichen Gesetze dramatisch aus. Davon sind die Sozial- und Rentenversicherung, der Arbeitsmarkt, die Berufsausbildung und das Universitätssystem betroffen. Es bedarf eines immer größeren wirtschaftlichen Wachstums, um den sozialen Ausgleich gewährleisten zu können, und dieses Programm stößt fortlaufend an seine eigenen Grenzen. In der Folge der nicht steuerbaren Wirkungen von modernen Technologien wurde das Modell des Sozialstaates durch eine Risikosteuerung ergänzt, die seine Folgeentwicklungen zu begrenzen beansprucht. Da aber kein Risiko sozusagen auf null stellbar ist, sondern Risiko bedeutet, dass es durch die eigenen Handlungen und Programme hervorgebracht wird, bleibt eine Risikosteuerung selbst paradox. Sie kann nicht das Wahrscheinlich-Unwahrscheinliche ihres Erfolges beziehungsweise Misserfolges steuern.

### **Jenseits von Nationalstaat und Wohlfahrtsökonomie**

Von Soziologen, Politologen und Wirtschaftswissenschaftlern wird immer mehr die Auffassung vertreten, dass das auf uns zukommende Gesellschaftsmodell ein Steuerungssystem etabliert, das durch die politische Kooperation auf globaler und europäischer Ebene die Rahmenbedingungen des Wirtschaftssystems fortlaufend verändern wird. Das sind aber Veränderungen, die nicht durch ein Endziel bestimmt sind. Dieses Modell wird als eine globale Mehrebenendemokratie bezeichnet. Das wird zur Folge haben, dass die Aufgabe von sozialer Integration nicht mehr durch Transferzahlungen zu gewährleisten ist, sondern an kleinere Einheiten zurückgegeben wird. Gerade durch den Verlust des Steuerungsmonopols der Nationalstaaten und des Wohlfahrtsstaates eröffnet sich ein neuer Spielraum für

eine Neufassung von Demokratie auf der Ebene der Städte und Gemeinden. Das ist auch durch die Dynamik des Wirtschaftssystems begründet, da im Standortwettbewerb die Regionen und ihre Strukturpolitik entscheidend sein werden und gerade nicht die ganze Nation. Darauf muss sich die Wirtschaftspolitik einstellen. Zum Standortwettbewerb gehört auch, dass diese Regionen als Lebensraum attraktiv sind. Geht man zum Beispiel davon aus, dass die Universitäten von der Bevormundung durch die Kultus- und Wissenschaftsministerien befreit sind und in einen offenen Wettbewerb treten, dann wird ihre Einbindung in die Region ein neues Gewicht bekommen, da sie einer lokalen Unterstützung bedürfen. Das wird zu einer engeren Vernetzung zwischen Universität, Unternehmen und Städten führen, die nicht ihrer wissenschaftlich globalen Orientierung und Operation widerspricht, sondern diese ergänzt und dadurch sich gegenüber Marktinteressen öffnet. Es lässt sich dann auch nicht ausschließen, dass die Modernisierung der Städte, die wir in den letzten fünfzig Jahren erlebt haben, weniger verunstaltet ausfallen wird.

Diese Restrukturierung ist ein Imperativ der zukünftigen Veränderungen. Für Europa zum Beispiel wird dies durch die Verlagerung der Entscheidungskompetenzen nach Brüssel verstärkt werden, da man nicht davon ausgehen sollte, dass in Europa eine vergleichbare Homogenisierung herbeigeführt wird, wie dies in den Nationalstaaten der Fall war. In ihrer Geschichte war sie immer ein Problem gewesen.

Es ist nicht davon auszugehen, dass die nationale Repräsentationsdemokratie gänzlich verschwinden wird. Es zeichnet sich aber ihre Reorganisation in einem Mehrebenenmodell von lokaler Demokratie, supranationaler Koordination und globaler Kooperation ab. *Global Governance* ist dazu eine günstige Vorausset-

zung. Man kennt die Zukunft nicht. Sie hat immer schon angefangen. Sie ist durch keine Steuerung zu erreichen. Eines ist aber erkennbar: Die politische Steuerung unter der Voraussetzung von Globalisierung, sei sie lokal, regional oder global, wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich von einer machtgestützten Steuerung und einer normativen Erzwingung von Zukunftszuständen befreit hat. Auch die Sozialpolitik wird zu lernen haben, dass sie sich strategisch zu platzieren hat. Die grundlegende Veränderung der Bereiche von politischer Steuerung besteht darin, dass in den sich entwickelnden Organisationssystemen der Teilsysteme, zum Beispiel der Wirtschaft und der Wissenschaft, die staatlichen Organisationen nur ein Beteiligter unter vielen anderen sind. Das bedeutet aber, dass die klassische Funktion des politischen Systems, die der Normierung und Durchsetzung von Regelungen im öffentlichen Interesse, nicht mehr in und über diese Organisationssysteme und ihre digitalen Netzwerke verbindlich in den sozialen Systemen durchzusetzen ist. Staatliches Machthandeln kann in diesen Netzen nicht mehr durchgreifend ausgeübt werden. Das hat zur Folge, dass das Medium

Macht nicht mehr dazu in der Lage ist, die Annahmemotive von kollektiv verbindlichen Entscheidungen durchgängig zu bewirken.

Die Proteste gegen Hartz IV sind nicht aus sich heraus zu verstehen. Durch Proteste beobachten sich soziale Systeme. Sie brechen oft eruptiv aus. Durch sie artikulieren sich Differenzen, die eine Vorgeschichte haben. Proteste enthalten aber nicht die Lösung ihres Anliegens. Die Hartz-Protteste werden nicht die letzten sein. Ihren Anliegen sollte sich das politische System aussetzen, aber es schwächt sich, wenn es sich nur opportunistisch ihnen gegenüber verhält. Gleichzeitig sollten die Lösungen der Anliegen den Protestierenden zurückgegeben werden. Das erfordert sicherlich auch eine andere Kommunikationspolitik. Es erfordert aber auch, dass die angemeldeten Ansprüche auf den Prüfstand gestellt werden. Soziale Integration ist kein Endzustand von Gesellschaft oder Geschichte, sondern, wie es Joseph Schumpeter formuliert hat, ein Vorgang der schöpferischen Zerstörung und destruktiven Schöpfung. Dadurch erneuert sich immer wieder Soziales, soziale Integration und Gesellschaft.

Die Januarausgabe der Politischen Meinung 2005 erscheint zu dem Schwerpunkt  
**60 Jahre Christlich-Demokratische Union Deutschlands.**

Die Beiträge werden sich mit der Gründungsgeschichte der Partei sowie ihrer Würdigung aus verschiedenen innen- und außenpolitischen Perspektiven befassen.

Weitere Themen sind unter anderem Wahlkampfstrategien sowie die europäisch-amerikanischen Beziehungen.